

Die Zahl der Kritiker wächst

Protest gegen geplanten Umbau von Einkaufszentrum

Von Frank Mahn

Langen ■ Der Widerstand gegen die Umbaupläne für das Einkaufszentrum Oberlinden wächst. Während sich der Magistrat bemüht, den Ball flach zu halten, macht sich bei immer mehr Anwohnern Verunsicherung breit. „Wir erwarten eine Auflegung der Pläne vor Verhandlung der Angelegenheit im Stadtparlament und vor allem eine Diskussion mit den Betroffenen vor Ort.“ Diese Forderung an die Stadtregierung haben 75 Anwohner aus dem Anemonen- und dem Farnweg in einem Offenen Brief

an die Stadtregierung formuliert.

Derweil versuchen Bürgermeister Frieder Gebhardt und Fachbereichsleiter Carsten Weise, Dampf aus dem Kessel zu nehmen. „Wir sind in einer ganz frühen Phase und können noch keine öffentliche Beteiligung herstellen“, sagt Weise. „Es handelt sich gegenwärtig keinesfalls schon um eine fertige Planung, sondern nur um ein Konzept, an dem im Laufe der Zeit noch Schwachstellen gelöst und Anpassungen vorgenommen werden müssen“, ergänzt Gebhardt.

Der Magistrat will sich

nach den Worten des Rathauschefs weiterhin dafür einsetzen, die Nahversorgung im Stadtteil zu gewährleisten, nachdem die Edeka-Tochter Treff Discount im Sommer 2010 den Standort aufgegeben hatte. Die nächstgelegenen Supermärkte in der Pittlerstraße seien nur für einen kleinen Teil der Oberlindener zu Fuß zu erreichen. Gerade für ältere und gehbehinderte Menschen werde es ohne Markt im Viertel schwierig, sich mit Waren für den täglichen Bedarf einzudecken.

„Wir können aber niemanden zwingen, dort ein Lebensmittelgeschäft zu betreiben“, sagt Gebhardt. Eine fußläufig erreichbare Einkaufsmöglichkeit könne nur sichergestellt werden, wenn die Stadt mit dem Eigentümer und Investor Kambiz Ghali kooperiere. Während Kritiker befürchten, die Stadt lasse sich über den Tisch ziehen, versichert der Bürgermeister, bei den Verhandlungen auf eine „sachgerechte Abwägung zwischen privaten und öffentlichen Interessen zu achten“.

Nach Angaben von Carsten Weise haben mehrere Ärzte Interesse daran bekundet, mit ihren Praxen ins Einkaufszentrum ziehen zu wollen. „Wir haben die Möglichkeit, die medizinische Versorgung und die Nahversorgung zu verbessern. Es wäre fahrlässig, das aufs Spiel zu setzen.“



Auf der Suche nach einem fußläufig erreichbaren Supermarkt hatte Gertrude P. aus Oberlinden das Stadtgebiet Langens längst verlassen.

Karikatur: Buxbaum

Vertrauensbildung

Der Protest in Oberlinden weitet sich aus. Vor allem unmittelbare Anwohner des Einkaufszentrums wollen wissen, was da vor ihrer Haustür passieren soll und verlangen ein Mitspracherecht

– bevor die Angelegenheit ein Stadium erreicht hat, in dem es nichts mehr mitzureden gibt. Die beschwichtigende Aussage des Magistrats, die Bürger im Zuge des Bauleitplanverfahrens zu beteiligen, ist nicht da-

zu angetan, die erhitzten Gemüter zu beruhigen. Viele werden denken, dass der Zug dann abgefahren und die Planung eingetütet ist. Es bleibt dabei: Nichts

spricht dagegen, die Oberlindener schon jetzt ins Boot zu

holen und die Stimmung auszuloten. Wer nichts zu verbergen hat, kann mit offenen Karten spielen. Wir würden eine Infoveranstaltung in die Rubrik vertrauensbildende Maßnahme einordnen. FRANK MAHN

ANGEMERKT

Je nach Ausgang der Verhandlungen könnte die Stadtplanungsabteilung zügig eine Änderung des Bebauungsplans auf den Weg bringen, „um die Umsetzung des Investoren-Konzepts im Sinne der Oberlindener zu ermöglichen“. Mit einer Änderung des Bebauungsplans wollen die Verantwortlichen dem Leerstand im Ladenzentrum entgegenwirken. In einem Bauleitplanverfahren finde auch immer eine Beteiligung der Öffentlichkeit statt, hier könnten die Oberlindener dann ihre Anregungen und Bedenken einbringen.

Gebhardt widerspricht der

Darstellung, Ghali wolle zur Subventionierung des Einkaufsmarktes 30 neue Wohnungen bauen. Vorgesehen seien nur 22, der Gesamtbestand steige dadurch auf 30. Dafür sei eine Erhöhung auf maximal drei Vollgeschosse plus Staffelgeschoss geplant. Der Bürgermeister stellt nicht in Abrede, dass Gärten von Anwohnern dadurch weniger Sonne abbekommen. „Die vorgeschriebenen Abstandsflächen zu den Nachbargrundstücken werden aber auf jeden Fall eingehalten.“

Was die Parkplätze betrifft, geht Gebhardt nicht von einer „unzumutbaren Verschärfung

der Situation“ aus. Die bei einer Erweiterung erforderlichen Stellplätze müssten alle auf dem Privatgrundstück nachgewiesen werden, der Bedarf an öffentlichen Stellplätzen werde „berücksichtigt“. Daran glauben die Verfasser und Unterzeichner des Offenen Briefs nicht. Schon heute sei es abends schwierig, einen Parkplatz zu finden. „Ein weiterer störender Faktor des Vorhabens ist die Verschandelung des Stadtteils durch mehrgeschossige Bauten.“ Und: Die Zusage des Investors, einen Einkaufsmarkt, quer zu finanzieren, sei keineswegs verbindlich.